

1. Mai Rede 2014, Corinne Schärer, Grenchen

Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende

2'600 Franken Lohn verdient ein Angestellter für eine volle Stelle bei der Firma Eugster / Frismag m Kanton Thurgau, welche Kaffeemaschinen herstellt, 3'470 Franken verdient eine Verkäuferin im totally unsexy Kleidergeschäft „Tally Weijl“. Und wir haben herausgefunden, dass sogar Lastwagenchauffeurinnen nur 18 bis 20 Franken in der Stunde verdienen.

Kolleginnen und Kollegen, das zeigt klar, die Schweiz hat einen Tieflohnskandal! Die reiche, wohlhabende Schweiz mit ihren Managern mit Super-top-top-löhnen hat skandalös tiefe Löhne. Löhne, von denen man in der Schweiz unmöglich leben kann. Wie soll jemand mit 3'300 Franken Miete, Krankenkassenprämien, Lebensmittel und Kleider bezahlen? Das ist natürlich absolut unmöglich. Und das liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Schande für die Schweiz! Wer in der wohlhabenden Schweiz voll arbeitet, soll auch einen Lohn verdienen, mit dem sie oder er leben kann. Das ist das Minimum – und darum ist auch ein Mindestlohn ein absolutes Minimum und ein must.

330'000 Menschen verdienen in der Schweiz weniger als 4000 Franken im Monat. Zwei von drei dieser Arbeitnehmenden sind Frauen, und über 100'000 haben sogar eine Berufslehre gemacht und verdienen trotzdem nicht genug zum Leben. Viele Frauen arbeiten jahrelang bis zur Pensionierung für weniger als 4000 Franken und müssen darum auch im Alter in Armut leben. In der Schweiz, in Armut leben? Das ist unwürdig, das können wir nicht zulassen. Denn gleichzeitig sahen Topmanager bei den Banken im Durchschnitt jeden Monat 52'000 Franken ab! 52'000 Franken! Das ist 15x mal mehr im Monat als die Verkäuferin bei Tally Weijl verdient.

Und da wollen uns die Wirtschaftsführer und bürgerlichen Politiker weismachen, wir hätten in der Schweiz kein Verteilungsproblem! Die Schere zwischen den Löhnen der obersten 10 Prozent und der unteren 10 Prozent geht nicht etwa zu, wie man - besonders nach der Finanzkrise und der Krise in Europa - denken könnte; nein, im Gegenteil, die Schere ging nochmals weiter auseinander. Auch weil trotz allen Protesten und Krisen in den oberen Etagen munter weiter Boni verteilt werden. Dazu sagen wir ganz klar: Ufe mit de Frouelöhn, abe mit de Boni!

Arbeitgeber-Präsident Valentin Vogt beschwört den Untergang der Schweiz herbei, wenn unsere Mindestlohn-Initiative angenommen würde. Er behauptet zum Beispiel, dass Arbeitsplätze verloren gehen würden. Bei jeder Abstimmung die gleiche falsche Leier, die uns vorgebetet wird und die gleiche Angstmacherei. Dabei gibt es keinen einzigen Beweis dafür, dass der Mindestlohn in den 22 europäischen Ländern, in denen er existiert, Jobs verloren gegangen wären. Es ist eine Mär und diese Mär wird nicht wahrer, wenn sie tausendmal wiederholt wird. Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aber können das Gegenteil beweisen: im Gastgewerbe sind die Löhne in den letzten 15 Jahren um 1000 Franken gestiegen. Und in der gleichen Zeit ist die Arbeitslosigkeit im Gastgewerbe sogar gesunken!

Gewerbe-Boss Hans-Ulrich Bigler wird sogar zum Frauenfeind, wenn es um den Mindestlohn geht. Nach ihm sind die tiefen Löhne nicht zu tief, denn es sind ja nur Frauen, die dazu verdienen zum Lohn des Mannes und nicht davon leben müssen. Ein starkes Stück im 21. Jahrhundert, wenn den Frauen in aller Öffentlichkeit und seelenruhig abgesprochen wird, dass sie mit ihrem Lohn für sich aufkommen sollen. Ein Skandal erster Güte! Das aber hat die Frauen auf den Plan gerufen und sie haben gekontert, z.B. FDP Frau Christine Egerszegi: „Die Arbeit von Frauen und Männern ist gleichwertig. Drum brauchen wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ oder CVP Frau Rosmarie Zapfl: „Was Herr Bigler sagt ist unerhört! Er sieht die Frau als Anhängsel des Mannes, nicht als eigenständige Person“. Kein Wunder unterstützen viele, auch bürgerliche Frauenorganisationen, die Einführung eines Mindestlohnes. So dass die Frauen endlich zu ihrem Recht kommen und anständig leben können. Es ist höchste Zeit, dass die Frauen den Lohn erhalten, der ihnen zusteht. Der Mindestlohn ist ein sehr wirksames Mittel: Er wäre das grösste Lohnanpassungsprogramm für Frauen der letzten Jahrzehnte! Und ein monumentaler Fortschritt! Und darum setzen wir uns alle bis am 18. Mai mit allen unseren Kräften für ein JA ein, damit der Tieflohnskandal in der Schweiz endlich beendet wird!

Auch die Lohngleichheit muss jetzt umgesetzt werden. Das Gleichstellungsgesetz wartet seit 18 Jahren auf seine Anwendung und Durchsetzung. Die Duldung dieser systematischen und gesetzeswidrigen Unterbezahlung der Frauen muss nun ein Ende haben. Das Laisser-faire der Arbeitgeber in der Lohngleichheit führte dazu, dass in den letzten Jahren das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern sogar wieder grösser geworden ist! Dies zeigen die kurz vor dem 1. Mai veröffentlichten Zahlen des Bundesamtes für Statistik: seit 2008 hat die Lohnungleichheit erstmals wieder um ein halbes Prozent auf knapp 19 Prozent zugenommen. Dies heisst: Wenn Frauen fünf Tage in der Woche arbeiten, bekommen sie nur den Lohn für vier Tage! Geht es eigentlich noch? Fast 20% Unterschied zwischen den Frauen_ und Männerlöhnen zeigt glasklar: Die Beteuerungen der Arbeitgeber, sie würden selber für die Lohngleichheit in ihren Unternehmen sorgen, sind nichts, nichts als leere Versprechen und Worthülsen. Davon haben wir nicht gelebt, davon haben wir nun endgültig genug!

Arbeitgeberdirektor Müller verkörpert dieses Nichtstun der Arbeitgeber in Person: Er sagte nämlich zur Zunahme der Lohnungleichheit vor den Medien folgendes: „Auch spielt die innere Einstellung zur Berufsausübung eine massgebliche Rolle. Für gewisse Stellen muss man bereits sein, höhere Anstrengungen auf sich zu nehmen – sei dies in leitender Funktion oder bei der Ausübung von gewissen Berufskategorien. Und weiter: „Es sind eher Männer, welche bereit sind, solche Anstrengungen auf sich zu nehmen.“ Aha, die Frauen sind also einfach faul und selber schuld. Das ist doch der Gipfel der Arroganz! Ihr Herren Arbeitgeber, so einfach ist es nicht! Frauen sind heute gut ausgebildet, arbeiten rund um die Uhr für den Job und die Familie und sie haben ganz schlicht und einfach das Recht auf den Lohn, der Ihnen zusteht, für die Arbeit, die sie ausführen. Das können sie nicht wegpalavern!

Wir versprechen ihnen, wir sind alles andere als faul und wir werden gemeinsam mit der Unterstützung unserer Kollegen nicht locker lassen bis Frauen und Männern gerechte Löhne bezahlt werden. Löhne sind kein Wunschprogramm, Löhne bekommen wir für die Arbeit, die wir verrichten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann es nicht weitergehen, wir müssen die Unternehmen verpflichten, alle ihre Löhne regelmässig zu überprüfen und die Löhne der Frauen, wenn sie nicht korrekt sind, anzupassen. Ihr Herren Arbeitgeber; es gibt ein Gesetz, dass diesen Lohnunterschied verbietet. Und es gibt keine einseitige Demokratie und keinen einseitigen Rechtsstaat. Die Rechte gelten für alle, für Frauen genauso wie für Männer. Wir sind schliesslich nicht mehr im Ancien Regime!

A propos Demokratie und Sozialpartnerschaft: hier nehmen es die Arbeitgeber schon lange nicht mehr genau. Sie erdreisten sich einmal mehr in ihrer lawinenartigen Kampagne gegen den Mindestlohn, immer wieder die Sozialpartnerschaft und die Gesamtarbeitsverträge hochzujubeln. Sie verkaufen, diese als Rezept gegen tiefe Löhne. Aber sie unterschlagen, dass nur 40 Prozent – also nur zwei von fünf Arbeitnehmenden – durch Mindestlöhne in GAV geschützt sind, die anderen 60 Prozent sind der Willkür der Vorgesetzten und der Lohnpolitik der einzelnen Betriebe ausgesetzt.

Und vor allem: die Arbeitgeber treten die Gewerkschaftsrechte mit Füßen und zwar weltweit. In den letzten Jahren wurden überall die Gewerkschaftsrechte und der Schutz der Arbeitnehmenden abgebaut. Die Globalisierung brachte einen Grossangriff auf sichere und anständige Arbeitsbedingungen. Das geht am besten, wenn der Einfluss der Gewerkschaften abgebaut wird. Und das wollen sie natürlich mit ihrer Kampagne gegen den Mindestlohn erreichen. Schauen wir nur die Plakate mit dem Frontalangriff auf die Unia an. Das hohe Lied auf die Sozialpartnerschaft ist ein Hohn!

Die Schweiz ist ja sogar das Schlusslicht in Europa, wenn es um den Schutz der Arbeitnehmenden geht. Das gilt besonders für die Koalitionsfreiheit. Das Recht auf Information, auf Koalition und auf den gewerkschaftlichen Zugang zum Arbeitsort ist durch zahlreiche Abkommen der IAO (Internationale Arbeitsorganisation) garantiert, welche die Schweiz ratifiziert hat. Doch diese Abkommen werden nur allzu oft mit Füßen getreten. Dies zeigt sich glasklar an der Zunahme antigewerkschaftlicher Kündigungen in den letzten Jahren.

Herr Vogt, Herr Bigler, Herr Müller und Herren Arbeitgeber, was ist denn das für eine Sozialpartnerschaft, in der sie Arbeitnehmende, die sich für faire Löhne und anständige Arbeitsbedingungen einsetzen, einfach rauswerfen und kündigen? Wie soll man Verhandlungen führen, wenn der Partner nicht mit Respekt behandelt wird und keinen Schutz vor Kündigung genießt?

Wenn ihr es ernst meint mit eurem Lob auf die Sozialpartnerschaft, dann müsst ihr endlich einem wirksamen Kündigungsschutz für unsere Mitglieder in den Personalkommissionen und Verhandlungsdelegation zustimmen. Sonst ist das keine Sozialpartnerschaft sondern eine Knechtschaft und ein einseitiges Diktat der Arbeitgeber. Es braucht einen echten Schutz für unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben. Alles andere ist unwürdig und unschweizerisch für unsere Demokratie!

Und zum Schluss noch dies: wir stehen vor keinem Untergang der Schweiz, wenn der Mindestlohn eingeführt wird, aber Tausende von Arbeitnehmenden können von ihrem Lohn leben, brauchen keine Sozialhilfe mehr, dem Staat bleiben mehr Steuergelder – unsere Steuergelder! – und die Menschen können auch mehr ausgeben und dieses Geld fließt zurück in die Wirtschaft – es gibt nur, nur positive Folgen. Alles andere ist gemeine Angstmacherei, damit das Geld in die Taschen der Grossverdiener fließt und die Reichen in diesem Land noch reicher werden.

Hingegen führt uns das JA zur Masseinwanderungsinitiative vom 9. Februar in die Katastrophe, vor allem wenn es zu Fachkräftemangel, zu unwürdigen Kontingenten und Saisonstatut kommt - einem Handel mit unseren ausländischen Kolleginnen und Kollegen und einem unwürdigen, grausamen Auspielen der Arbeitnehmenden und Lohndumping für alle. Darum werden wir nie, nie Kontingente oder ein neues Saisonstatut akzeptieren und beides vehement bekämpfen, wenn nötig auch mit Referenden. Wir werden auch keinen Bruch mit Europa akzeptieren – wir wollen uns nicht auf einer Insel, in einem Reduit mitten in Europa abschotten. Wir wollen eine Zukunft für unsere Jugend und wird werden dafür kämpfen. Und wir lassen den Angriff der Arbeitgeber auf die Arbeitsbedingungen nicht zu. Wir werden für mehr Schutz aller Arbeitnehmenden unabhängig vom Pass kämpfen. Wir werden uns nicht entmutigen lassen, wir werden kämpfen und gewinnen, denn zusammen sind wir stark, uniti siamo forti!

Grenchen / Biel, 1. Mai 2014, Corinne Schärer